



Aktuelle Informationen aus dem Parlament

9., 10., 11. und 12. Sitzung des NR am 28.02.2018 und 01.03.2018

Aktuelle Stunde der FPÖ: „Sicherheitsoffensive für Österreich!“

Unter dem Titel "Sicherheitsoffensive für Österreich" kam es im Rahmen der [Aktuellen Stunde](#) zu einem Schlagabtausch zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien.

Die SPÖ zeigte sich verwundert über die Aussagen von Innenminister Kickl, der im Vorjahr das Sicherheitspaket noch als "gefährliche Drohung" und als "Papier der Gräßlichkeiten" bezeichnet hatte, das einem Spitzelsystem Tür und Tor öffnen würde. Empörend ist der Umstand, dass das Sicherheitspolizeigesetz, das u.a. den Einsatz von Bundestrojanern und die Einrichtung von Sicherheitsforen bringt, ohne parlamentarische Begutachtung beschlossen werden soll.



Dringliche Anfrage der SPÖ betreffend Rauchverbot in der Gastronomie, DA [350/J](#)

Das Thema Rauchen beschäftigt die Österreicher weiterhin: Schon mehr als 500.000 Menschen haben das "Don't smoke"-Volksbegehren unterzeichnet. ÖVP und FPÖ haben einen Initiativantrag eingebracht, mit dem sie das generelle

Rauchverbot in der Gastronomie noch vor dessen Start wieder abschaffen wollen.

Beschlossen wird das Vorhaben damit aber noch nicht. Nach der Beratung im Ausschuss soll dies in einer der nächsten Nationalratssitzungen passieren.

Grund der Debatte im Parlament war eine Dringliche Anfrage der SPÖ an die freiheitliche Sozial- und Gesundheitsministerin Beate Hartinger-Klein.

TAGESORDNUNG 9. Sitzung des NR 28.02.2018

1.) Bericht des Wissenschaftsausschusses über die Regierungsvorlage (10 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Universitätsgesetz 2002 geändert wird ([20 d.B.](#))

2.) Bericht des Wissenschaftsausschusses über den Antrag 29/A der Abgeordneten Mag. Andrea Kuntzl, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Organisation der Universitäten und ihre Studien (Universitätsgesetz 2002) geändert wird ([21 d.B.](#))

Die Novelle des Universitätsgesetzes bringt eine massive Reduktion von Studienplätzen: Durch die **zusätzlichen gesetzlichen Zugangsbeschränkungen in Jus, Erziehungswissenschaften und Fremdsprachen** sowie weniger Plätze in Psychologie kommt es zu einem Minus von 6.230 Studienplätzen pro Jahr durch das Gesetz. Zudem hat die Uni Wien bereits angekündigt, die Plätze in Chemie um 450 Personen zu reduzieren. Dazu kommt die Möglichkeit, in stark nachgefragten Fächern **weitere Beschränkungen nur durch eine Verordnung des Ministers** zu fixieren.

Fazit: Für die gesamte Leistungsvereinbarungsperiode **2019-2021 ergibt das eine Reduktion von 20.000 Studienplätzen** (im Vergleich zu 2018). **Das sind 20 Prozent der StudienanfängerInnen in Erstabschlusstudien an Universitäten!**

Die Folgen: Es wird zu massiven **Verdrängungseffekten** kommen zu anderen Studienrichtungen. Auch **Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt** sind zu erwarten. Außerdem zeigen Erfahrungen, dass **Zugangsbeschränkungen, Aufnahmetests und teure Vorbereitungskurse** junge Menschen aus finanziell schwächeren Familien eher abschrecken – eine weitere **soziale Selektion**.

Die FPÖ ist hier wieder einmal umgefallen – noch im Sommer war sie gegen weitere Zugangsbeschränkungen!!!

Studiengebühren für bis zu 30.000 berufstätige Studierende

Zusätzlich weigert sich die Regierung, die vom VfGH aufgehobene Bestimmung zu reparieren, wonach berufstätige Studierende, die die Mindeststudiendauer überschreiten, keine Studiengebühren zahlen müssen. Der VfGH hatte diese

	<p>Reparatur empfohlen. Die SPÖ hat dazu auch einen eigenen Antrag, der die Gebührenbefreiung für Berufstätige rechtlich einwandfrei möglich macht, eingebracht. Kommt es zu keiner Reparatur, müssen an die 30.000 berufstätige StudentInnen ab Herbst Gebühren zahlen. Es werden also just jene bestraft, die sich ihr Studium durch Berufstätigkeit selbst finanzieren müssen.</p>
<p>3.) Bericht des Budgetausschusses über den Antrag 35/A der Abgeordneten Dipl.-Ing. Georg Strasser, Walter Rauch, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bauern-Sozialversicherungsgesetz geändert wird (18 d.B.)</p>	<p>Die sozialversicherungsrechtlichen Wirkungen von Bescheiden, die bei der Neufestsetzung der bäuerlichen Einheitswerte nach dem 31. Dezember 2016 zugestellt wurden oder werden, werden später als geplant erst mit 1. April 2018 eintreten. Die SPÖ sieht darin ein Wahlgeschenk für die Bauern. Der durch die zeitliche Verschiebung verursachte Beitragsentfall kostet die Steuerzahler 40 Mio. €.</p> <p><i>Beschlossen mit der Mehrheit von ÖVP und FPÖ.</i></p>
<p>4.) Bericht des Budgetausschusses über den Antrag 99/A der Abgeordneten Dr. Angelika Winzig, Erwin Angerer, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gesetzliche Budgetprovisorium 2018 und das Bundesfinanzrahmengesetz 2017 bis 2020 geändert werden (19 d.B.)</p>	<p>Die SPÖ nahm die Debatte zum Anlass, vor allem die Sozialpolitik der Regierung kritisch zu beleuchten und zeigte sich über die von der Regierung geplanten Einsparungen empört.</p> <p><i>Beschlossen mit der Mehrheit von ÖVP und FPÖ.</i></p>
<p>5.) Bericht des Ausschusses für Arbeit und Soziales über den Bericht des Bundesministers für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz über die Tätigkeit der Arbeitsinspektion in den Jahren 2015 und 2016 (III-72/16 d.B.)</p>	<p>Der Berichtszeitraum 2015 und 2016 stand im Zeichen eines großen internen Reorganisationsprozesses in der Arbeitsinspektion. Das Projekt wurde 2015 gestartet mit dem Ziel, größere Arbeitsinspektorate zu schaffen, um den Wirkungsgrad der Organisation mit den zur Verfügung stehenden Ressourcen zu steigern und Reibungsverluste an den Schnittstellen zu reduzieren. Die mit 1. Mai 2017 neu geschaffenen Arbeitsinspektorate Wien Zentrum, Oberösterreich Ost und</p>

	<p>Steiermark fassen jeweils zwei bisherige Ämter zusammen. 2019 und 2021 werden weitere Zusammenlegungen in Niederösterreich und Wien folgen.</p> <p><i>Der Bericht wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.</i></p>
<p>6.) Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Dr. Alfred J. Noll, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Gesetz vom 27. November 1984 über die Gerichts- und Justizverwaltungsgebühren geändert wird (80/A)</p>	<p>Die SPÖ unterstützte den Antrag, da sie im jetzigen System eher eine Steuer als eine Gebühr sieht. Gebühren dürften nicht dafür verwendet werden, in anderen Bereichen der Justiz Löcher zu stopfen,</p> <p><i>Der Antrag wurde dem Justizausschuss zugewiesen.</i></p>
<p>7.) Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Dr. Peter Kolba, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Jurisdiktionsnorm, die Zivilprozessordnung, das Gerichtsgebührengesetz, das Rechtsanwaltstarifgesetz, das Konsumentenschutzgesetz, das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb und das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz geändert werden (Verbandsmusterfeststellungsklagegesetz) (82/A)</p>	<p>Die Liste PILZ orientiert sich in ihrem Antrag grundsätzlich an den Grundzügen des seinerzeitigen Regierungsentwurfs, verlangt jedoch ein so genanntes Verbandsmusterfeststellungsklagegesetz nach niederländischem Vorbild, das die Klagslegitimation auf Verbände und gemeinnützige Stiftungen beschränkt und das Verfahren beim Handelsgericht Wien konzentriert.</p> <p><i>Dem Justizausschuss zugewiesen.</i></p>
<p>8.) Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Dr. Johannes Jarolim, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem die Jurisdiktionsnorm, die Zivilprozessordnung, das Gerichtsgebührengesetz, das Rechtsanwaltstarifgesetz, das Konsumentenschutzgesetz, das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb und das Arbeits- und Sozialgerichtsgesetz geändert werden (Gruppenverfahrengesetz) (96/A)</p>	<p>Die Möglichkeiten des österreichischen Zivilprozessrechts reichen zur Bewältigung von Massenschäden nicht aus. Auf diesen kritischen Befund stützt die SPÖ ihre Forderung nach einer grundlegenden Reform des kollektiven Rechtsschutzes. Die SPÖ schlägt ein Gruppenverfahrensgesetz vor und greift dabei im Wesentlichen auf die bereits ausverhandelten Reformentwürfe aus den Jahren 2007 und 2008, aber auch auf die in der Zwischenzeit gemachten Erfahrungen aus der Praxis bei der Abwicklung von Massenschäden zurück.</p> <p><i>Der Antrag wurde dem Justizausschuss zugewiesen.</i></p>
<p>9.) Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten</p>	<p>Wie viel Wettbewerb ist gut, wo liegen die</p>

<p>Douglas Hoyos-Trauttmansdorff, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesvergabegesetz 2006 geändert wird (54/A)</p>	<p>Vorteile und Gefahren, wo muss man eine Grenze ziehen – um diese Fragen ging es in der Debatte über den Antrag der NEOS zur Änderung des Bundesvergabegesetzes.</p> <p><i>Der Antrag wurde dem Verfassungsausschuss zugewiesen.</i></p>
<p>10.) Erste Lesung: Antrag der Abgeordneten Josef Schellhorn, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesstatistikgesetz geändert wird (60/A)</p>	<p>NEOS sprechen sich dafür aus, das Bundesstatistikgesetz zu novellieren, um Wirtschaftsforschung zu erleichtern. Insbesondere geht es ihnen darum, WissenschaftlerInnen Zugang zu nicht anonymisierten Unternehmensdaten zu gewähren.</p> <p><i>Der Antrag wurde dem Wirtschaftsausschuss zugewiesen.</i></p>

TAGESORDNUNG 10. Sitzung des NR 28.02.2018

In dieser Sitzung erfolgen in der Geschäftsordnung vorgesehene Mitteilungen sowie Zuweisungen durch den Präsidenten.

+++

TAGESORDNUNG 11. Sitzung des NR 01.03.2018

Fragestunde an Bundeskanzler Sebastian Kurz - Angesprochen wurden folgende Themen:

- Raucherregelung
- EU-Ratspräsidentschaft Österreichs
- Änderungen im Strafrecht
- Deutsch vor Schuleintritt.
- Thema ORF
- Digitalisierung

Die Antworten waren Wiederholungen bereits bekannter ÖVP-Standpunkte.

<p>1.) Sammelbericht des Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen über die Bürgerinitiativen Nr. 1 bis 19, 21, 23 und 24, 26 bis 29 sowie 31 und 32 (22 d.B.)</p>	<p>Der Sammelbericht gibt Aufschluss über all jene Verhandlungsgegenstände, die zur Kenntnis genommen wurden. Selten einzig zeigten sich ÖVP, FPÖ und SPÖ zum Thema Wohnen. Wohnen muss leistbar sein, so Erwin Preiner (SPÖ). Die Bürgerinitiativen zum billigeren Wohnen (Nr. 16) und der Maklerprovision (Nr. 21 und 26)</p>
---	---

	<p>wurden an den <i>Bautenausschuss</i> verwiesen.</p> <p>mehr Info -> siehe Bereich REDEN.</p>
<p>2.) Erstattung eines Vorschlages für die Ernennung eines Mitgliedes des Verfassungsgerichtshofes</p>	<p>Leider haben ÖVP und FPÖ die Hearings zur Farce gemacht, weil vorher schon ausgehandelt wurde, wen die Regierungsparteien in den VfGH schicken wollen – und die Namen auch über Medien öffentlich gemacht haben. Einer dieser Regierungskandidaten – Uni-Professor Alexander Hauer – ist aus SPÖ-Sicht wenig geeignet: So ist er nicht nur schlagender Burschschafter, sondern hat in öffentlichen Aussagen auch das Demonstrationsrecht in Frage gestellt. Außerdem meinte er in einem Vortrag, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte sei „mitverantwortlich für die multikriminelle Gesellschaft“.</p> <p><i>Abstimmung: 172 abgegebene Stimmen -> 105 davon entfielen auf Professor Alexander Hauer. Hauer wird, vorbehaltlich der Ernennung durch Bundespräsident Alexander Van der Bellen, neuer Richter am Verfassungsgerichtshof.</i></p>

Rede im NR: 1.3.2018

11. Nationalratssitzung der XXVI. GP am 1. März 2018

Debattenbeitrag Abg.z.NR Erwin PREINER

TO-Punkt: Sammelbericht des Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen

Abgeordneter Erwin Preiner (SPÖ): Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Zuseher auf der Galerie und zu Hause vor den Fernsehapparaten! Auch meinerseits ein herzliches Willkommen! Petitionen und Bürgerinitiativen werden von den Menschen direkt an den Nationalrat herangetragen und, wie heute die Debatte im Rahmen des Sammelberichts zeigt, auch ernsthaft inhaltlich wahrgenommen.

Ich hoffe, dass möglichst viele Petitionen und Bürgerinitiativen im Sinne der AntragstellerInnen entsprechend nachhaltig behandelt werden.

Ich beziehe mich in meinen Ausführungen auf die Petition Don't smoke. Das Nichtraucherschutzgesetz muss umgesetzt werden. Dieses Gesetz wurde, wie wir wissen, bereits mit breiter Mehrheit 2015 im Hohen Haus beschlossen und soll im Mai dieses Jahres in Kraft treten.

Was ist seither aber passiert? – Ganz plötzlich hat eine Regierungspartei, die ÖVP, eine Kehrtwende gemacht. Sie betreibt sozusagen Kindesweglegung und möchte von diesem Beschluss nichts mehr wissen. Mittlerweile gibt es auch die Initiative, dass ein Volksbegehren zu Don't smoke eingeleitet werden soll. Bis dato haben bereits circa 500 000 Menschen dieses Volksbegehren unterschrieben. Ich hoffe natürlich, dass es in nächster Zeit noch um viele mehr werden mögen.

Wir wissen auch, dass laut Statistik zirka 14 000 Menschen in Österreich jährlich an den Folgen des Rauchens sterben. Auch das darf nicht unkommentiert hingenommen werden. Ich meine, das ist eine sehr, sehr hohe Zahl. Das Volksbegehren Don't smoke wäre ein wichtiger Beitrag dazu, dass diese Sterblichkeitsrate doch sehr deutlich gesenkt werden kann.

Mittlerweile haben sich auch viele Landeshauptleute für Don't smoke ausgesprochen, und ich möchte die ÖVP-Kollegen daran erinnern, dass sich ihr ehemaliger Gesundheitssprecher im Nationalrat, Kollege Rasinger, ebenfalls für die Unterstützung dieses Volksbegehrens ausgesprochen hat.

Mit der Gesundheit der Menschen darf auch in den Gaststätten nicht gespielt werden. Diese ist nämlich viel zu wertvoll. Ich möchte auch die neue Gesundheitssprecherin im ÖVP-Nationalratsklub, Frau Kollegin Schwarz, daran erinnern, dass sie zu dem Beschluss des Jahres 2015 stehen möge, möchte sie aber auch einladen, in ihrer Verantwortung als Gesundheitssprecherin dieses Volksbegehren zu signieren. Es ist noch Zeit, sich für die Gesundheit der Menschen einzusetzen.

Geschätzte Damen und Herren, ich beziehe mich in meinen weiteren Ausführungen auf die Bürgerinitiative Nummer 16, „Billiger wohnen jetzt! Junges Wohnen muss bezahlbar werden!“ – und leistbar sein. Diesbezüglich geht es den Antragstellern um die Einführung eines Universalmietgesetzes, einer Zweitwohnsitz- und Leerstandsabgabe, aber auch darum, dass Wohnbauförderungsgelder zweckgebunden verwendet werden.

Ich denke, man müsste auch über eine Mietzinsbegrenzung ernsthaft diskutieren, denn es ist leider so, dass die Mieten permanent und in sehr kurzen Zeitabständen sehr stark steigen und vor allem die Geldbörsel der jungen Menschen über Gebühr stark belasten.

Kolleginnen und Kollegen, dass es auch anders geht, zeigt zum Beispiel das Burgenland, wo wir das Projekt Startwohnungen bereits seit Jahren umsetzen. Über 290 Startwohnungen gibt es bereits, gegenwärtig sind weiters über hundert Start-wohnungen in Bau begriffen.

Diese Wohnungen haben eine maximale Größe von 55 Quadratmetern mit einer Mietobergrenze von sage und schreibe 5 Euro pro Quadratmeter. Dies ist für die jungen Menschen im Burgenland positiv, damit sie, wenn sie in der Berufsausbildung sind oder studieren, finanziell nicht über Gebühr belastet werden.

Ich glaube, das könnte auch als Beispiel für die übrigen Bundesländer dienen. Selbständiges Wohnen darf für die junge Generation zu keinem größeren finanziellen Brocken werden, auch dann nicht, wenn sie ihre Berufsausbildung bereits beendet haben. Ich hoffe, dass durch das Projekt „Startwohnungen“ auch die Landflucht, speziell im Südburgenland, weiterhin eingedämmt werden möge.

Wir haben im Petitionsausschuss diese Bürgerinitiative dem Bautenausschuss zugewiesen, das ist vollkommen richtig. Ich möchte aber an die Regierungskoalition appellieren, im Sinne der Bürgerinitiative die Debatte im Bautenausschuss zu führen. – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

VIDEO: <https://www.erwinpreiner.at/nationalrat/>

TAGESORDNUNG 12. Sitzung des NR 01.03.2018

In dieser Sitzung werden die in der Geschäftsordnung vorgesehenen Mitteilungen sowie Zuweisungen durch den Präsidenten erfolgen.

Ausschuss für Petitionen und Bürgerinitiativen

Petition betreffend "DON'T SMOKE, das Nichtrauchererschutzgesetz muss bleiben"

468.222 Personen haben eine dieser Initiative zugrundeliegende Online Petition bereits unterzeichnet. Obwohl sich die InitiatorInnen ausdrücklich dafür aussprachen, den Antrag so rasch wie möglich in einem fachlichen Ausschuss zu beraten, fand der Antrag der SPÖ auf unmittelbare Zuweisung an den Gesundheitsausschuss keine Mehrheit. Zustimmung gab es zwar von NEOS und Liste Pilz, doch entschieden sich die Regierungsfractionen ohne weitere Debatte dafür, eine Stellungnahme des BMASGK einzuholen.

Die Petition steht somit weiterhin in Beratung des Ausschusses für Petitionen und Bürgerinitiativen:

https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/PET/PET_00001/index.shtml#tab-Uebersicht

Hinzuweisen ist an dieser Stelle auch auf die Möglichkeit der elektronischen Unterstützung von Petitionen und Bürgerinitiativen. Alle Infos dazu sind auf der Parlamentshomepage abrufbar:

<http://www.parlament.gv.at/PERK/BET/>

<http://www.parlament.gv.at/HILF/elektronischeZustimmungserklaerung.shtml>

Anfrage

Schriftliche Anfrage der **Abgeordneten Erwin Preiner**, Kolleginnen und Kollegen an die Bundesministerin für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft betreffend angekündigte Verlegung der Bundesanstalt für Bergbauernfragen nach Osttirol unter Missachtung der Einbeziehung der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Missachtung deren sozialen Lebensmittelpunkt sowie einer Kosten-Nutzen-Abschätzung

-  [Anfrage \(gescanntes Original\) / PDF, 262 KB](#)

20.02.2018 Schriftliche Beantwortung ([79/AB](#))

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der **Abgeordneten Erwin Preiner**, Ing. Markus Vogl Kolleginnen und Kollegen betreffend Evaluierung des AMA-Gütezeichens § 3 des AMA-Gesetzes überträgt der Agrarmarkt Austria in Abs. 1 Zi 2 die Aufgabe „Maßnahmen zur Qualitätssteigerung, wie insbesondere Entwicklung und Anwendung von Qualitätsrichtlinien für agrarische Produkte und daraus hergestellte Verarbeitungserzeugnisse“.

28.02.2018 A(E) [Evaluierung des AMA-Gütezeichens 128/A\(E\)](#)

Pressemeldungen

05.02.2018 - PREINER: Arbeitslosigkeit sinkt im Bezirk Neusiedl um 6 Prozent, im Burgenland um 11 Prozent, in Österreich um 8 Prozent

-> <https://www.erwinpreiner.at/presse/presseaussendungen/arbeitsmarkt/>

+++

09.02.2018 - PREINER: Mit Nachdruck und in aller Deutlichkeit an die Sozialministerin: Aktion 20.000 fortsetzen!

Bis zu 700 Arbeitsplätze im Burgenland für Menschen über 50, die langzeitarbeitslos waren, obwohl sie arbeiten wollten, wären durch die Aktion 20.000 möglich gewesen und hätten eine vielleicht letzte Chance auf dem Arbeitsmarkt, Selbstwert und Würde zurückgegeben.

"Hoffnung geben und dann von einer Minute auf die andere abdrehen - gegen diese Politik der Kälte und Härte geht die SPÖ mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln vor“, so der burgenländische SP-Nationalratsabgeordnete Erwin PREINER.

-> <https://www.erwinpreiner.at/presse/presseaussendungen/sozialpolitik/>

+++

21.02.2018 - Preiner: SPÖ präsentiert 10-Punkte Programm für ländlichen Raum**SPÖ-Sprecher für Landwirtschaft und ländlichen Raum übt Kritik an Ministerin Köstinger: „Neuer Stil? Seit Monaten kein Landwirtschaftsausschuss“**

Wien (OTS/SK) - In einer Pressekonferenz präsentierte Erwin Preiner, SPÖ-Sprecher für Landwirtschaft und den **ländlichen Raum**, das SPÖ-10-Punkte-Programm für den ländlichen Raum. „Das ist ein Programm, das nachhaltig, fortschrittlich und solidarisch das Leben im ländlichen Raum absichern soll. Notwendig ist das, da die Bundesregierung in ihrem Regierungsprogramm außer Schlagworten keine Maßnahmen vorbereitet hat“, so Preiner.

-> <https://www.erwinpreiner.at/presse/presseaussendungen/10-punkte-programm/>

+++

23.02.2018 - Ist der ländliche Raum und die Landwirtschaft in Gefahr?**Gegenwärtig laufen Diskussionen über den Budgetrahmen der EU für die Periode 2021-2027**

Das betrifft das Burgenland und die Landwirtschaft im Burgenland. 2/3 der Menschen in Österreich leben im ländlichen Raum. Im Burgenland gibt es keine Stadt >15.000 Einwohner. D.h. das Burgenland IST ländliche Region.
Die Entscheidung über den EU-Budgetrahmen ist für

die gesamte Regionalförderung und für das Burgenland wichtig.

-> <https://www.erwinpreiner.at/presse/presseaussendungen/ist-die-landwirtschaft-in-gefahr/>

+++

02.03.20148 - Landwirtschaftspolitik der ÖVP/FPÖ-Regierung macht reiche Bauern und Agrarkonzerne immer reicher, während kleine bäuerliche Familienbetriebe und Nebenerwerbslandwirte praktisch aussterben!

Landwirtschaftskammer Österreich geht gegen ihre Mitglieder vor!

Die alarmierende Aussage der LWK-Ö, dass es im Jahr **2025 um 25% weniger bäuerliche Betriebe** geben wird, ist eine Kampfansage der Landwirtschaftskammer an ihre Mitglieder!

"Die Landwirtschaftskammer hat sich als Interessensvertretung zu verstehen, nicht als Sterbebegleitung der bäuerlichen Familienbetriebe, Nebenerwerbslandwirte, BIO-Landwirte und Direktvermarkter ", zeigt sich PREINER kämpferisch.

-> <https://www.erwinpreiner.at/presse/presseaussendungen/landwirtschaft/>

+++

02.03.2018 - ÖVP/FPÖ streicht 400 Millionen EURO zu Lasten von Jugendlichen, Älteren und Langzeitarbeitslosen im Budget des Bundes!

Die bisherigen 1.950 Mio Euro für aktive Arbeitsmarktpolitik werden 2018 auf 1.356 Mio Euro gekürzt. Das ist unsozial und verantwortungslos.

-> <https://www.erwinpreiner.at/presse/presseaussendungen/arbeitsmarktpolitik/>